



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit,
Integration, Kinder und Familie -

Tagesordnung I Punkt 6.1 der öffentlichen Sitzung am 20. März 2019

Vorlagen-Nr. 19-F-03-0006

Bericht Ergebnisse kommunaler Wohnungsbau - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2019 -

Mit Beschluss Nr. 0159 haben der Ausschuss für Soziales und Gesundheit und zuvor der Beteiligungsausschuss mit Beschluss Nr. 098 den Magistrat beauftragt,

- schnellstmöglich ein Expertenhearing zum kommunalen Wohnungsbau durchzuführen. Dieses wird für Juni geplant.
- unter Berücksichtigung des Beschlusses Nr. 0377 der Stadtverordnetenversammlung vom 06.09.2018 ebenfalls so bald wie möglich einen konkreten Vorschlag für ein umfassendes Maßnahmenpaket vorzulegen, um nachhaltig ein ausreichendes Angebot im Segment des sogenannten „bezahlbaren Wohnraums“ sicherzustellen. Dabei soll zum einen das zugrunde zu legende Haushaltsbruttoeinkommen für Wiesbaden ermittelt und zum anderen insbesondere die folgenden Auswirkungen einer Übernahme des Maßnahmenpaketes des Landes Hessen für die Nassauische Heimstätte vollständig dargestellt werden.
- die Möglichkeiten für die Verlängerung von Belegungsbindungen und den Ankauf von Belegrechten frei werdender Mietwohnungen anhand der neuen Richtlinie des Landes Hessen zur sozialen Mietwohnraumförderung zu prüfen und darzustellen.
- ein entsprechendes Konzept vorzulegen, welches den seit 2011 eingetretenen Verlust von gebundenem, gefördertem Wohnraum von mind. 1.890 Wohnungen bis 2020 ausgleichen soll.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über den Sachstand der Umsetzung der vorgenannten Aufträge zu berichten.

Beschluss Nr. 0030 des Beteiligungsausschusses vom 19.03.2019:

1. Der Antrag wird an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie überwiesen.

2. Das Amt der Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, den Mitgliedern des Beteiligungsausschusses über die dortige Beratung zu berichten, soweit städtische Beteiligungsgesellschaften betroffen sind.

Beschluss Nr. 0068

Der Antrag wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2019

Rutten
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .03.2019

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2019

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister